

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Jörg Schneider, Jürgen Pohl und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/17260 –**

Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen

Vorbemerkung der Fragesteller

„Flüchtlinge sollen die Wartezeit bis zur Entscheidung über ihre Anerkennung, die oftmals in einer Erstaufnahmeeinrichtung oder in anderen Sammelunterkünften verbracht wird, durch eine sinnvolle und gemeinwohlorientierte Beschäftigung überbrücken. Gleichzeitig sollen sie mittels niedrigschwelliger Angebote in Arbeitsgelegenheiten an den Arbeitsmarkt herangeführt werden (sog. Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen – FIM) (vgl. <https://bit.ly/386LKgw>).

Teilnehmen können laut oben verlinkter Bekanntmachung (S. 2) arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und nicht der Vollzeitschulpflicht unterliegen.

Die Förderung der FIM war von der Bundesagentur für Arbeit als befristetes Arbeitsmarktprogramm des Bundes für jährlich 100 000 Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) mit einer Laufzeit vom 1. August 2016 bis zum 31. Dezember 2020 angelegt. Mit Änderung der Richtlinie vom 12. April 2017 wurde die Angabe „jährlich 100.000“ Leistungsberechtigte gestrichen (vgl. <https://bit.ly/3ad3sRo>).

„Die individuelle Teilnahmezeit beträgt für jeden Teilnehmenden bis zu sechs Monate bei einem Umfang von bis zu 30 Wochenstunden“ (vgl. <https://bit.ly/386LKgw>, S. 2). „Der Bund stellt die erforderlichen Haushaltsmittel zu Verfügung, deren Verteilung auf die einzelnen Länder sich am Königsteiner Schlüssel orientiert. Für die regionale Verteilung innerhalb der Länder stimmen die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit einen Verteilungsschlüssel mit dem jeweiligen Land ab“ (ebd., S. 3). „Die Agentur für Arbeit zahlt dem Maßnahmenträger für die Durchführung einer Flüchtlingsintegrationsmaßnahme für jeden besetzten Platz eine monatliche Pauschale in Höhe von 85 Euro für eine ‚interne‘ und 250 Euro für eine ‚externe‘ FIM sowie die für die Mehraufwandsentschädigung der Teilnehmenden tatsächlich verauslagten Kosten“ (ebd., S. 4).

Methodische Vorbemerkung der Bundesregierung

Teilnehmerbezogene Daten werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht systematisch erfasst. Grund hierfür ist die durch § 5a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) sowie die Richtlinie zum Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) vorgegebene Zuständigkeitsverteilung zwischen der BA und den anderen an der Umsetzung des Programms beteiligten Behörden: Die Bundesregierung stellt den finanziellen Rahmen für die FIM zur Verfügung. Auswahl und Zuweisung von Teilnehmenden obliegt den nach dem AsylbLG zuständigen Behörden. Bund oder BA haben keinen Einfluss hierauf. Die BA wiederum ist für die Bewilligung der beantragten Maßnahmen und für die Abrechnung zuständig. Der BA liegen lediglich von den einzelnen Maßnahmenträgern eingereichte Abrechnungslisten mit Angaben zu Neueintritten und Beständen in FIM vor. Eine differenzierte Auswertung nach Geschlecht ist nicht möglich.

Zudem erfolgt die Erfassung in den operativen IT-Fachverfahren der Förderstatistik der BA mit Verzögerungen, so dass von vollzähligen Ergebnissen in der Regel erst nach einer Wartezeit von drei Monaten auszugehen ist. Die Ergebnisse für den aktuellen Berichtsmonat und die beiden Vormonate sind vorläufig und aufgrund der noch ausstehenden Nacherfassungen im Vergleich mit dem endgültigen Ergebnis untererfasst. Diese sogenannten vorläufigen Daten sind in der mitgelieferten Anlage 1 enthalten und rot gekennzeichnet. Daten zu FIM sind allerdings auch nach der in der Förderstatistik üblichen Wartezeit von drei Monaten um ca. 20 Prozent untererfasst. Revidierte Ergebnisse, die nach einer noch längeren Wartezeit vorliegen, gibt es nur auf Bundesebene und nicht auf Ebene der Bundesländer. Zur Beantwortung der Fragen müssen je nach Fragestellung revidierte oder unrevidierte Daten zugrunde gelegt werden.

1. Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) am Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) jeweils teilgenommen (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?
2. Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) monatsdurchschnittlich am Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) teilgenommen (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Nach revidierten Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit gab es im Jahr 2018 in der Jahressumme rund 8.000 Zugänge in FIM, im Jahr 2017 waren es 19.000. Im Jahr 2018 gab es monatsdurchschnittlich 3.000 Teilnehmende an FIM, im Jahr 2017 waren es 7.000. Eine nach Bundesländern differenzierte Darstellung liegt nur auf Basis unrevidierter Daten vor. Diese Angaben sind der Tabelle in Anlage 1 zu entnehmen.

3. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) in das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) jeweils eingetreten (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) aus dem Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) ausgetreten (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor, da Abgänge von Teilnehmenden und deren Verbleib von der BA nicht erfasst werden.

5. Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)
 - a) vor dem regulären Ende der Maßnahme (Maßnahmenabbruch),
 - b) mit dem regulären Ende der Maßnahmebeendet (bitte in absoluten sowie relativen Zahlen getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?
6. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 die durchschnittliche Maßnahmendauer pro Teilnehmer (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?
7. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 die durchschnittliche wöchentliche Beschäftigungszeit pro Teilnehmer (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?
8. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 die Anzahl sowie der Anteil der Teilnehmer, die das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) aufgrund eines stattgegebenen Asylantrages vorzeitig beendet haben – Maßnahmenabbruch – (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?
9. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 die Anzahl sowie der Anteil der Teilnehmer, die das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) trotz eines stattgegebenen Asylantrages regulär beendeten (bitte getrennt nach Bund, Bundesländern, Männern und Frauen ausweisen)?

Die Fragen 5 bis 9 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor. In den IT-Systemen der BA werden hierzu keine Angaben erfasst.

10. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 der Anteil der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM), die als
 - a) „interne“ Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM),
 - b) „externe“ Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)durchgeführt wurden (bitte in absoluten sowie relativen Zahlen getrennt nach Bund und Bundesländern ausweisen)?

Der Beantwortung dieser Frage werden die unrevidierten Daten zugrunde gelegt, da die revidierten Daten nicht nach externen und internen FIM differenziert werden können. Aufgrund der teilweise sehr geringen Fallzahlen auf Ebene der Bundesländer werden die prozentualen Anteile interner und externer FIM nur auf Bundesebene berechnet. Im Jahr 2018 waren von den rund 2.600 monatsdurchschnittlich durchgeführten FIM rund 800 (30 Prozent) der FIM in-

terne Maßnahmen und rund 1.800 (70 Prozent) externe Maßnahmen. Weitergehende Daten sind Tabelle 1 zu entnehmen.

11. Welche Haushaltsmittel waren bzw. sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 für das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) jeweils vorgesehen?
12. Welche Kosten sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) für das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) jeweils angefallen (bitte getrennt nach Bund und Bundesländern ausweisen)?
13. Welche Kosten sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) für „interne“ Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) jeweils angefallen (bitte getrennt nach Bund und Bundesländern ausweisen)?
14. Welche Kosten sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) für „externe“ Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) jeweils angefallen (bitte getrennt nach Bund und Bundesländern ausweisen)?
15. Welche Kosten sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 (letzte verfügbare Daten) für die Mehraufwandsentschädigung der Teilnehmenden jeweils angefallen (bitte getrennt nach Bund und Bundesländern ausweisen)?

Die Fragen 11 bis 15 werden gemeinsam beantwortet.

Die in den Jahren 2016 bis 2020 veranschlagten Ausgabemittel sowie die Ist-Ausgaben in den Jahren 2016 bis Ende Januar 2020 können den beigefügten Bewirtschaftungsübersichten (Anlage 2, Tabellen 2.1 bis 2.5) entnommen werden. Die Mehraufwandsentschädigung ist als „darunter Betrag“ der Ist-Ausgaben ausgewiesen.

16. Was waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 bis 2020 die Top-3-Maßnahmenträger je Bundesland, die die meisten sog. externen Flüchtlingsintegrationsmaßnahme – FIM – (gemessen an der Teilnehmerzahl) durchgeführt haben?

Dazu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

17. Welche im Rahmen des Programms „gewonnenen Daten sollen ggf. später für weiterführende Maßnahmen zur Integration bzw. Arbeitsförderung genutzt werden und damit die Arbeitsmarktintegration beschleunigen“ (vgl. <https://bit.ly/382fkDN>, Nummer 1.4)?

Welche Daten der Teilnehmenden wurden bzw. werden hierzu konkret erhoben?

Soweit die Teilnehmende bzw. der Teilnehmende einwilligt, werden neben personenbezogenen Daten insbesondere folgende Daten erhoben: Daten zu Ausbildung, Studium, Abschlüssen und Berufserfahrung, während der FIM festgestellte berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten sowie Sprachkenntnisse.

18. Wird das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) nach Kenntnis der Bundesregierung evaluiert?

Wenn ja, welche Zwischenevaluationen wurden hierzu bereits angefertigt (bitte einzeln ausweisen), und wann ist mit einer abschließenden Evaluation zu rechnen?

Das Arbeitsmarktprogramm FIM wird nicht wissenschaftlich evaluiert.

19. Wie beurteilt die Bundesregierung den bisherigen Erfolg, den jeweiligen Finanzmittelansatz sowie Finanzmitteleinsatz in Bezug auf das Arbeitsmarktprogramm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)?

Die Bundesregierung hat das Arbeitsmarktprogramm FIM im Jahr 2016 ins Leben gerufen, um damit auf die starke Fluchtmigration im Herbst 2015 zu reagieren. Es richtete sich insbesondere an solche Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG, die nicht mit einer schnellen Entscheidung über ihre Anerkennung rechnen konnten. Mit der Schaffung der FIM sollte die damals oft lange Wartezeit von der Einreise bis zur Entscheidung über die Anerkennung überbrückt werden.

Seit 2016 hat die Fluchtmigration deutlich abgenommen. Auch die Bearbeitung der Asylanträge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat sich beschleunigt. Dadurch ist das Potential an Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG, die in eine FIM zugewiesen werden können, stark gesunken.

Außerdem haben der Bund bzw. die BA aufgrund der Zuständigkeitsverteilung weder darauf Einfluss, in welchem Umfang die Maßnahmeträger vor Ort FIM einrichten, noch darauf, wie viele Personen von den nach dem AsylbLG zuständigen Behörden in eine FIM zugewiesen werden.

Aufgrund dieser Entwicklungen wurde der finanzielle Ansatz für das Programm seit dem Jahr 2017 kontinuierlich abgesenkt und wird Ende dieses Jahres beendet.

Anlage 2

Tabelle 2.1

Bewirtschaftungsbericht Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)

31.12.2016

Betragsangaben in EUR

	Ausgabemittel 2016		darunter: Ausgaben für Mehraufwands- entschädigung
	Soll	Ist	
	FIM (gesamt)		
Deutschland	75.000.000,00	282.517,39	67.684,26
Schleswig-Holstein	2.543.000,00	371,34	88,00
Hansestadt Hamburg	1.918.000,00		
Niedersachsen	6.999.000,00	16.097,41	2.642,43
Hansestadt Bremen	715.000,00		
Nordrhein-Westfalen	15.858.000,00	118.884,37	25.769,95
Hessen	5.549.000,00	3.236,22	761,20
Rheinland-Pfalz	3.623.000,00		
Saarland	908.000,00		
Baden-Württemberg	9.725.000,00	52.522,50	19.424,94
Bayern	11.650.000,00	8.218,61	2.218,24
Berlin	3.812.000,00		
Brandenburg	2.277.000,00	16.033,92	2.975,60
Mecklenburg-Vorpommern	1.509.000,00	9.903,94	1.953,90
Sachsen	3.791.000,00	30.134,08	5.417,40
Sachsen-Anhalt	2.100.000,00	68,03	31,20
Thüringen	2.021.000,00	27.046,97	6.401,40
	Interne FIM		
Deutschland	9.501.260,00	61.478,33	27.078,62
Schleswig-Holstein	322.000,00		
Hansestadt Hamburg	243.000,00		
Niedersachsen	887.000,00	402,56	147,60
Hansestadt Bremen	91.000,00		
Nordrhein-Westfalen	2.009.000,00	16.368,00	6.986,80
Hessen	703.000,00		
Rheinland-Pfalz	459.000,00		
Saarland	115.000,00		
Baden-Württemberg	1.232.000,00	37.413,85	16.866,32
Bayern	1.476.000,00	3.055,30	1.338,30
Berlin	483.000,00		
Brandenburg	288.000,00		
Mecklenburg-Vorpommern	191.000,00		
Sachsen	480.000,00		
Sachsen-Anhalt	266.000,00	68,03	31,20
Thüringen	256.000,00	4.170,59	1.708,40
	Externe FIM		
Deutschland	65.498.740,00	221.039,06	40.605,64
Schleswig-Holstein	2.221.000,00	371,34	88,00
Hansestadt Hamburg	1.675.000,00		
Niedersachsen	6.112.000,00	15.694,85	2.494,83
Hansestadt Bremen	624.000,00		
Nordrhein-Westfalen	13.849.000,00	102.516,37	18.783,15
Hessen	4.846.000,00	3.236,22	761,20
Rheinland-Pfalz	3.164.000,00		
Saarland	793.000,00		
Baden-Württemberg	8.493.000,00	15.108,65	2.558,62
Bayern	10.174.000,00	5.163,31	879,94
Berlin	3.329.000,00		
Brandenburg	1.989.000,00	16.033,92	2.975,60
Mecklenburg-Vorpommern	1.318.000,00	9.903,94	1.953,90
Sachsen	3.311.000,00	30.134,08	5.417,40
Sachsen-Anhalt	1.834.000,00		
Thüringen	1.765.000,00	22.876,38	4.693,00

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 2.2

Bewirtschaftungsbericht Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)

31.12.2017

Betragsangaben in EUR

	Ausgabemittel 2017		darunter: Ausgaben für Mehraufwands- entschädigung
	Soll	Ist	
	FIM (gesamt)		
Deutschland	200.000.000,00	18.734.178,78	4.477.482,48
Schleswig-Holstein	6.781.480,00	121.236,13	25.272,87
Hansestadt Hamburg	5.115.040,00		
Niedersachsen	18.662.760,00	1.801.766,94	363.403,27
Hansestadt Bremen	1.906.620,00	94.486,85	18.020,22
Nordrhein-Westfalen	42.288.480,00	4.326.760,51	1.005.331,96
Hessen	14.797.700,00	1.069.261,55	232.596,12
Rheinland-Pfalz	9.661.780,00	1.131.550,28	272.287,51
Saarland	2.422.220,00		
Baden-Württemberg	25.933.240,00	2.823.405,08	932.783,64
Bayern	31.066.540,00	2.176.922,31	688.819,07
Berlin	10.166.480,00	226.543,53	33.872,40
Brandenburg	6.073.100,00	1.330.665,82	251.523,93
Mecklenburg-Vorpommern	4.024.800,00	539.244,93	119.860,31
Sachsen	10.111.540,00	1.736.363,34	264.378,58
Sachsen-Anhalt	5.598.820,00	485.101,02	102.082,70
Thüringen	5.389.400,00	870.870,49	167.249,90
	Interne FIM		
Deutschland	28.023.441,66	4.401.481,85	2.010.613,95
Schleswig-Holstein	950.202,05	19.061,33	7.898,00
Hansestadt Hamburg	716.705,13		
Niedersachsen	2.614.973,83	144.711,29	70.384,62
Hansestadt Bremen	267.150,27		
Nordrhein-Westfalen	5.925.343,76	723.132,03	338.353,65
Hessen	2.073.412,40	121.836,93	51.326,64
Rheinland-Pfalz	1.353.781,64	337.078,82	161.983,80
Saarland	339.394,70		
Baden-Württemberg	3.633.693,19	1.559.998,10	714.744,60
Bayern	4.352.956,86	1.065.798,73	483.985,54
Berlin	1.424.498,80	4.875,73	1.532,40
Brandenburg	850.945,82	120.857,97	53.189,88
Mecklenburg-Vorpommern	563.943,74	78.435,71	34.026,00
Sachsen	1.416.800,76	80.531,01	33.946,00
Sachsen-Anhalt	784.491,03	52.139,14	20.312,46
Thüringen	755.147,68	93.025,06	38.930,36
	Externe FIM		
Deutschland	171.976.558,34	14.332.696,93	2.466.868,53
Schleswig-Holstein	5.831.277,95	102.174,80	17.374,87
Hansestadt Hamburg	4.398.334,87		
Niedersachsen	16.047.786,17	1.657.055,65	293.018,65
Hansestadt Bremen	1.639.469,73	94.486,85	18.020,22
Nordrhein-Westfalen	36.363.136,24	3.603.628,48	666.978,31
Hessen	12.724.287,60	947.424,62	181.269,48
Rheinland-Pfalz	8.307.998,36	794.471,46	110.303,71
Saarland	2.082.825,30		
Baden-Württemberg	22.299.546,81	1.263.406,98	218.039,04
Bayern	26.713.583,14	1.111.123,58	204.833,53
Berlin	8.741.981,20	221.667,80	32.340,00
Brandenburg	5.222.154,18	1.209.807,85	198.334,05
Mecklenburg-Vorpommern	3.460.856,26	460.809,22	85.834,31
Sachsen	8.694.739,24	1.655.832,33	230.432,58
Sachsen-Anhalt	4.814.328,97	432.961,88	81.770,24
Thüringen	4.634.252,32	777.845,43	128.319,54

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 2.3

Bewirtschaftungsbericht Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)

31.12.2018

Betragsangaben in EUR

	Ausgabemittel 2018		darunter:
	Soll	Ist	Ausgaben für Mehraufwandsentschädigung
	FIM (gesamt)		
Deutschland	60.000.000,00	8.189.864,98	2.011.045,68
Schleswig-Holstein	1.540.089,86	97.897,83	23.999,63
Hansestadt Hamburg	889.515,00		
Niedersachsen	5.612.474,45	801.742,77	168.338,85
Hansestadt Bremen	510.642,10	39.028,06	6.861,40
Nordrhein-Westfalen	13.465.816,13	2.092.641,46	532.724,31
Hessen	4.454.544,28	474.059,66	96.663,16
Rheinland-Pfalz	3.192.669,58	444.581,52	102.642,68
Saarland	421.228,58		
Baden-Württemberg	8.994.683,41	1.537.332,27	489.524,16
Bayern	8.615.959,22	806.615,00	237.812,06
Berlin	3.599.760,14	67.080,10	13.493,40
Brandenburg	1.861.101,40	366.250,76	62.971,37
Mecklenburg-Vorpommern	1.087.731,72	238.844,45	48.189,92
Sachsen	2.747.374,75	785.884,70	136.692,69
Sachsen-Anhalt	1.519.169,91	233.645,93	50.456,15
Thüringen	1.487.239,47	204.260,47	40.675,90
	Interne FIM		
Deutschland	8.484.707,75	1.991.501,61	935.264,08
Schleswig-Holstein	211.862,85	29.871,76	13.673,60
Hansestadt Hamburg	124.636,36		
Niedersachsen	602.086,77	93.446,90	46.092,90
Hansestadt Bremen	46.457,93		
Nordrhein-Westfalen	1.856.264,44	510.469,77	244.874,00
Hessen	620.805,45	33.392,58	13.066,25
Rheinland-Pfalz	384.673,43	94.529,28	47.541,20
Saarland	59.021,38		
Baden-Württemberg	1.728.024,39	755.708,37	350.434,08
Bayern	1.401.134,06	316.824,78	153.722,07
Berlin	402.283,56	959,80	364,80
Brandenburg	252.953,75	18.827,31	7.405,73
Mecklenburg-Vorpommern	98.688,20	21.756,22	9.768,40
Sachsen	295.123,75	44.944,29	19.733,20
Sachsen-Anhalt	195.770,54	28.929,10	12.022,56
Thüringen	204.920,89	41.841,45	16.565,29
	Externe FIM		
Deutschland	51.515.292,25	6.198.363,37	1.075.781,60
Schleswig-Holstein	1.328.227,01	68.026,07	10.326,03
Hansestadt Hamburg	764.878,64		
Niedersachsen	5.010.387,68	708.295,87	122.245,95
Hansestadt Bremen	464.184,17	39.028,06	6.861,40
Nordrhein-Westfalen	11.609.551,69	1.582.171,69	287.850,31
Hessen	3.833.738,83	440.667,08	83.596,91
Rheinland-Pfalz	2.807.996,15	350.052,24	55.101,48
Saarland	362.207,20		
Baden-Württemberg	7.266.659,02	781.623,90	139.090,08
Bayern	7.214.825,16	489.790,22	84.089,99
Berlin	3.197.476,58	66.120,30	13.128,60
Brandenburg	1.608.147,65	347.423,45	55.565,64
Mecklenburg-Vorpommern	989.043,52	217.088,23	38.421,52
Sachsen	2.452.251,00	740.940,41	116.959,49
Sachsen-Anhalt	1.323.399,37	204.716,83	38.433,59
Thüringen	1.282.318,58	162.419,02	24.110,61

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 2.4

Bewirtschaftungsbericht Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)

31.12.2019

Betragsangaben in EUR

	Ausgabemittel 2019		darunter: Ausgaben für Mehraufwands- entschädigung
	Soll	Ist	
	FIM (gesamt)		
Deutschland	59.000.000,00	4.483.188,42	1.313.211,70
Schleswig-Holstein	1.730.253,66	67.009,58	19.701,39
Hansestadt Hamburg	1.215.282,39		
Niedersachsen	5.641.403,46	267.714,59	81.644,06
Hansestadt Bremen	468.950,36		
Nordrhein-Westfalen	13.072.597,37	1.292.881,28	361.386,10
Hessen	4.628.797,49	300.159,65	56.844,83
Rheinland-Pfalz	2.813.811,30	389.449,58	102.294,80
Saarland	571.067,27		
Baden-Württemberg	8.322.038,83	1.029.385,72	381.653,65
Bayern	8.439.341,56	449.549,93	173.494,16
Berlin	3.435.096,14	11.714,87	3.059,20
Brandenburg	1.695.694,45	193.305,41	32.264,22
Mecklenburg-Vorpommern	1.167.880,67	181.896,55	35.748,40
Sachsen	2.831.967,35	160.578,67	35.682,47
Sachsen-Anhalt	1.597.365,89	75.978,44	17.045,74
Thüringen	1.368.451,81	63.564,15	12.392,68
	Interne FIM		
Deutschland	8.899.171,03	1.650.681,40	801.442,21
Schleswig-Holstein	272.402,14	29.973,42	14.398,56
Hansestadt Hamburg	170.281,98		
Niedersachsen	811.968,17	99.299,97	49.855,44
Hansestadt Bremen	64.097,23		
Nordrhein-Westfalen	2.004.451,00	405.320,24	197.996,27
Hessen	564.169,41	2.310,46	695,46
Rheinland-Pfalz	331.077,81	136.728,89	67.632,40
Saarland	80.016,35		
Baden-Württemberg	1.668.577,33	635.746,10	305.230,72
Bayern	1.375.935,17	293.655,90	144.960,20
Berlin	457.690,09	2.815,19	1.251,20
Brandenburg	207.637,94	8.663,41	4.121,60
Mecklenburg-Vorpommern	141.932,59	6.701,10	2.544,60
Sachsen	348.106,56	11.188,16	5.173,00
Sachsen-Anhalt	202.238,44	8.615,89	3.691,56
Thüringen	198.588,82	9.662,67	3.891,20
	Externe FIM		
Deutschland	50.100.828,97	2.832.507,02	511.769,49
Schleswig-Holstein	1.457.851,52	37.036,16	5.302,83
Hansestadt Hamburg	1.045.000,41		
Niedersachsen	4.829.435,29	168.414,62	31.788,62
Hansestadt Bremen	404.853,13		
Nordrhein-Westfalen	11.068.146,37	887.561,04	163.389,83
Hessen	4.064.628,08	297.849,19	56.149,37
Rheinland-Pfalz	2.482.733,49	252.720,69	34.662,40
Saarland	491.050,92		
Baden-Württemberg	6.653.461,50	393.639,62	76.422,93
Bayern	7.063.406,39	155.894,03	28.533,96
Berlin	2.977.406,05	8.899,68	1.808,00
Brandenburg	1.488.056,51	184.642,00	28.142,62
Mecklenburg-Vorpommern	1.025.948,08	175.195,45	33.203,80
Sachsen	2.483.860,79	149.390,51	30.509,47
Sachsen-Anhalt	1.395.127,45	67.362,55	13.354,18
Thüringen	1.169.862,99	53.901,48	8.501,48

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 2.5

Bewirtschaftungsbericht Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)

31.01.2020

Betragsangaben in EUR

	Ausgabemittel 2020		darunter: Ausgaben für Mehraufwands- entschädigung
	Soll	Ist	
	FIM (gesamt)		
Deutschland	15.000.000,00	275.648,37	92.258,71
Schleswig-Holstein	352.410,54	2.015,42	1.043,60
Hansestadt Hamburg	193.420,33		
Niedersachsen	1.048.030,47	17.584,33	5.533,50
Hansestadt Bremen	72.806,92		
Nordrhein-Westfalen	3.445.605,51	76.921,36	25.516,15
Hessen	1.490.451,42	18.367,48	3.432,46
Rheinland-Pfalz	1.051.333,95	8.176,60	601,60
Saarland	90.889,18		
Baden-Württemberg	2.268.818,37	101.778,76	43.986,50
Bayern	1.643.357,38	18.208,98	6.632,80
Berlin	1.212.983,04		
Brandenburg	535.925,33	12.624,61	2.179,60
Mecklenburg-Vorpommern	309.733,63	10.878,93	1.825,60
Sachsen	680.581,70	288,40	38,40
Sachsen-Anhalt	286.114,50	4.094,30	759,30
Thüringen	317.537,73	4.709,20	709,20
	Interne FIM		
Deutschland	2.892.024,80	142.892,10	70.060,84
Schleswig-Holstein	69.979,96	2.015,42	1.043,60
Hansestadt Hamburg	27.101,52		
Niedersachsen	252.542,96	6.853,70	3.411,20
Hansestadt Bremen	10.201,50		
Nordrhein-Westfalen	824.808,58	38.468,78	19.238,60
Hessen	139.658,94	87,40	2,40
Rheinland-Pfalz	144.518,31		
Saarland	12.735,14		
Baden-Württemberg	719.295,61	83.513,56	40.704,64
Bayern	316.336,21	11.285,04	5.417,20
Berlin	165.018,26		
Brandenburg	42.567,79	304,40	134,40
Mecklenburg-Vorpommern	21.331,60	214,80	44,80
Sachsen	63.344,83		
Sachsen-Anhalt	40.266,23	149,00	64,00
Thüringen	42.317,36		
	Externe FIM		
Deutschland	12.107.975,20	132.756,27	22.197,87
Schleswig-Holstein	282.430,58		
Hansestadt Hamburg	166.318,81		
Niedersachsen	795.487,51	10.730,63	2.122,30
Hansestadt Bremen	62.605,42		
Nordrhein-Westfalen	2.620.796,93	38.452,58	6.277,55
Hessen	1.350.792,48	18.280,08	3.430,06
Rheinland-Pfalz	906.815,64	8.176,60	601,60
Saarland	78.154,04		
Baden-Württemberg	1.549.522,76	18.265,20	3.281,86
Bayern	1.327.021,17	6.923,94	1.215,60
Berlin	1.047.964,78		
Brandenburg	493.357,54	12.320,21	2.045,20
Mecklenburg-Vorpommern	288.402,03	10.664,13	1.780,80
Sachsen	617.236,87	288,40	38,40
Sachsen-Anhalt	245.848,27	3.945,30	695,30
Thüringen	275.220,37	4.709,20	709,20

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

